

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

11.3.1862 (No. 59)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 11. März.

N. 59.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Dienstnachricht.

Karlsruhe, den 10. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 24. Februar l. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Dühren aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern gewählt und präsentirten Pfarrer Frank zu Eschelbronn zum Pfarrer von Dühren zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Wohört Hegemonie zum Bundesstaat?

So fragt die „Augsburger Allgemeine“, zu dieser Frage angeblich veranlaßt durch die jüngste badische Note über die Bundesreform. Erst vor wenigen Tagen haben wir dem ehrenwerthen Blatt eine flagrant ungewisse nachgewiesen, so daß sich eigentlich nicht der Mühe verlohnt, zu untersuchen, ob es durch unverständliches oder absichtliches Mißverständnis zu seiner verkehrten Frage veranlaßt wurde. Die Frage selbst ist, wie wir schon wiederholt ausführten, nicht nur unbedeutend mit „Nein“ zu beantworten, sondern man muß sogar einen Schritt weiter gehen und behaupten, die hegemonische Führung der verbündeten Staaten durch einen einzelnen derselben ist mit dem Wesen des Bundesstaates geradezu unvereinbar. Denn dieses beruht darin, daß eine Mehrheit von Staaten, deren jeder für sich ein Staat ist und bleibt, einer gemeinsamen, alle umfassenden und vertretenden obersten Gewalt sich unterwerfen.

Doch hüten wir uns, dem Augsburger Blatt mit allgemeinen Begriffen zu kommen; es ist der Gelehrsamkeit nicht geneigt und beweist seine völlige Abkehr von derselben in dem angeführten Artikel gründlich genug. So spricht es von bundesstaatlichen Verfassungen, und hat auch einmal gehört, daß die schweizerische und die nordamerikanische Verfassung bundesstaatlicher Art sind; es weiß aber nicht, daß in denselben die Scheidung von inneren und äußeren Angelegenheiten, welche ihm so unbegreiflich ist und unthunlich scheint, durchgeführt ist und täglich gehandhabt wird. Seine Logik erlaube ihm, aus dem Sag, die Hegemonie gehöre nicht zum Wesen des Bundesstaates, getrost die Folgerung zu ziehen, also sei das großdeutsche Programm auf den Bundesstaat gerichtet.

Ueber diesen Schluß nun mag sich der süddeutsche Korrespondent der „Allgemeinen“ bei seinem Schulmeister verantworten; wir acceptiren bestens das Zugeständniß, daß Abhilfe für die deutschen Uebel nur von solchen Einrichtungen zu erwarten ist, welche an die Stelle vertragsmäßiger Uebereinkunft über gemeinsame Angelegenheiten ein mit staatlicher Gewalt ausgerüstetes Organ der Gesamtheit setzen. Mit diesem Zugeständniß ist Alles entschieden, und wir halten deshalb den Korrespondenten der „Postzeitung“, der sich gleichzeitig mit der „Allgemeinen“ gegen die badischen Vorschläge ereiferte, nicht bloß für ehrlicher, sondern auch für klüger, wenn er die bundesstaatliche Organisation, als eine übertriebene und unerträgliche Zentralisation, direkt angreift. Das Bemühen der Großdeutschen, ihre Projekte mit diesem Namen zu belegen, ist ein vergebliches.

Wir bedürfen eine Regierung, welche dem ganzen Deutschland, nicht den deutschen Einzelstaaten angehört; gerade dadurch, daß sie eine solche, auf das Ganze sich beziehende Regierung besitzen, zeichnen sich die Schweiz und Nordamerika sehr zu ihrem Vortheil vor dem Deutschen Bunde aus. Zu dieser einheitlichen, sei es von einem Einzelnen, sei es durch ein Kollegium zu üben Regierung über das Ganze gelangten aber jene Bundesstaaten nur dadurch, daß sie verfassungsmäßig feststellten, die Regierung müsse Eine und von den Regierungen der Einzelstaaten verschieden sein. Das Programm der Nationalpartei stimmt damit genau überein. Für die Frage der Ausföhrung, wie das Personal dieser einheitlichen Regierungsgewalt berufen werden soll, können dagegen für uns in Deutschland die schweizerische und die nordamerikanische Verfassung bezeichnend nicht als Vorbild dienen, nicht bloß weil wir einen monarchischen, nicht einen republikanischen Bundesstaat wollen, sondern mehr noch, weil die Unterschiede an Macht und Größe zwischen den deutschen Einzelstaaten unvergleichlich viel bedeutender sind, als die unter den Schweizer Kantonen oder den einzelnen Republiken Nordamerikas. Preußen ist selbst von dem ihm an Größe nächststehenden Bayern durch die gewaltige Kluft getrennt, welche eine europäische Großmacht von einem zu voller Selbstständigkeit dem unerbüttlichen Gesetze der Macht; nach nicht befähigten Mittelstaaten scheidet.

Wie man sich aber auch das zur Regierung des Ganzen berufene Organ vorstellen mag, jedenfalls darf dasselbe nicht

auf einem bloßen Zusammentreten (unmittelbar durch Kommissäre) der Einzelregierungen beruhen. Ein solches stets und nothwendig den betreffenden Einzelstaaten angehöriges Consortium kann möglicher Weise zu deren Vortheil eine Gewalt über das Ganze ausüben; eine Regierung des Ganzen in dessen Interesse kann nie von ihm ausgehen. Es ist deshalb durchaus weder reaktionär noch pessimistisch, wenn man die jetzige Bundesverfassung der Trias, oder der Siebener-Konferenz, oder welchen Namen sonst das Kindlein haben mag, vorzieht. Geht man von den Einzelstaaten aus, so hat jeder das gleiche Recht, sein Sonderinteresse zur Geltung zu bringen, und der Bundestag, in welchem jeder seine Stimme hat, ist die einzig richtige Organisation. Wir halten aber trotz der identischen Noten, trotz der Drohung mit Olmütz, Bromzell und Bürgerkrieg an der Ueberzeugung fest, daß unser Volk um seiner Existenz und um seiner Ehre willen entschlossen ist, seine nationale Einheit gegenüber den andern Völkern Europa's politisch zur Geltung zu bringen. „Alle Pläne, welche auf die Voraussetzung gegründet sind, daß Deutschland auch auf diesem beschränkten Gebiet keine Einheit der Interessen besitze, daß es sich in den Beziehungen zum Auslande sogar nicht als ein einziges darstellen lasse, zerstören die Idee des einen und einzigen Vaterlandes, und entbehren gerade darum des Charakters, der ihnen allein nationalen Werth und Brauchbarkeit geben könnte.“ So lange nicht die „Augsburger Allgemeine“ diese Ueberzeugung aus dem Herzen unseres Volkes wegzuräumen vermag, so lange wird sie vergeblich für Trias und alle ähnliche Erfindungen.

Halten wir an dem Sage fest, daß wir eine Regierung brauchen, welche Deutschland als solches vertritt, so kann man über die unerlässlichen Folgerungen daraus nicht lange im Zweifel sein. Die prinzipiell richtige Einrichtung wäre, wie in der Schweiz und in Nordamerika, eine deutsche Regierung, welche mit keinem der Einzelstaaten in Zusammenhang steht. Es bedarf aber keines weitern Beweises, daß sie eine Unmöglichkeit ist; denn sie entbehre des ersten und wesentlichsten Attributes einer jeden Regierung, der Macht; sie würde bedeutungslos in der Luft schweben, während alle organisierte Macht in den Händen der Einzelregierungen läge. Eine außer Zusammenhang mit einem Einzelstaat stehende deutsche Regierung könnte nur in revolutionärem Sturm auf die entfesselten Volksträfte sich stützen, um unter Umsturz alles Bestehenden zum strengen Einheitsstaat oder zu unheilbarer Zersplitterung unserer Nation zu führen. Die deutsche Zentralgewalt muß also, um Macht zu erlangen, an einen der bestehenden Einzelstaaten angelehnt werden, und zwar selbstverständlich an den mächtigsten unter denselben, welchen überhaupt eine organische Einfügung in Deutschland möglich ist.

Eine engere Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten mit der einen unserer Großmächte stellt sich für die Empfindung von Hunderten und Tausenden als ein Lösches von der andern dar, an welche sie durch die ältesten Bande des Blutes sich gefesselt fühlen. Jene Empfindung beruht auf einer Täuschung; es ist nicht einzusehen, warum nicht eben so gut die verbündeten, wie die isolirten deutschen Einzelstaaten der nicht zu ihrem engern Verein gehörigen deutschen Großmacht verbunden sein können. Nur der Unterschied würde eintreten, daß sie durch ihre Verbindung zu einer Macht werden, was sie jetzt nicht sind. So tief ist aber hoffentlich der politische Instinkt in unserem Volke noch nicht gesunken, daß es sich wie vor einem Abfall von sich selber davor fürchtet, eine Macht zu werden. Wir müssen uns entscheiden, eines von beiden, Hammer oder Amboss zu sein.

Die engere Verbindung mit einer unserer Großmächte ist nicht Abfall von der andern; sie ist mit beiden zugleich nicht möglich, weil Oesterreich sich so wenig durch Preußen, wie dieses durch jenes sich regieren läßt. Die Wahl muß also getroffen werden, und denjenigen, den sein „Herz“ verhindert, sich zu entscheiden, trifft mit Recht der Vorwurf schwachmüthiger und unverständiger Sentimentalität. Eine engere Verbindung ist aber einzig nur mit Preußen denkbar; der Schwerpunkt österreichischer Macht und österreichischer Interessen liegt außerhalb Deutschlands. Selbst wenn es wollte, kann Oesterreich nicht einer Verbindung mit Deutschland zu lieb seinen eigenen Bestand zerreißen, und wenn es dies wollte und könnte, wäre ihm und uns gleich schlecht damit gedient; es hörte damit auf, das zu sein, was wir ihm wünschen und was wir suchen und bedürfen, eine Macht, es zerfiel damit in völlige Desorganisation.

Also wolt Ihr doch die preussische Hegemonie, die Ihr zum Beginn so leicht verläugnet habt? Fragt die „Augsburger Allgemeine“ durch ihren süddeutschen Korrespondenten. Mitnichten; wir wünschen die preussische Krone zur Trägerin der deutschen Zentralgewalt zu machen; das Organ für deren Ausübung soll aber ein deutsches Ministerium sein, unter Kontrolle eines deutschen Parlaments, welches die preussische Landesregierung und die preussischen Kammern gerade so wie die der andern Einzelstaaten in allen gemeinsamen gemachten Angelegenheiten untergeordnet wären. Preußen hat für die „vereinigten Staaten Deutschlands“ den größten Einsatz zu liefern; es hat eine, freilich unsichere und stets gefährdete selbständige europäische Existenz dem größern Ganzen hinzugeben; es empfängt dagegen, indem sein König

Träger der Zentralgewalt wird, die Gewißheit, daß diese nie gegen es selbst gefehrt werden kann; es gewinnt die ihm jetzt fehlenden Garantien des Fortbestandes und der Weiterentwicklung. Für das deutsche Zentralministerium ist aber ohne Selbstmord eine andere als eine deutsche Politik eine Unmöglichkeit. Wäre erst einmal der deutsche Bundesstaat unter preussischer Krone zu Stande gekommen, so bietet der mächtigste Trieb der Selbsterhaltung jede Garantie gegen jeden Versuch, die deutschen Kräfte zu partikularistisch preussischen Zwecken auszubenten. Die Noth der Selbsterhaltung hat in England die hannoversche Dynastie mit allen Konsequenzen des konstitutionellen Systems befreundet; sie würde den Beschlüssen eines deutschen Parlaments nicht minder williges Gehör verschaffen.

Deutschland.

† Karlsruhe, 10. März. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer wurde das Gesetz über die Aufhebung des Lehensverbandes mit Stimmenmehrheit nach der Vorlage der Regierung angenommen, mit Ausnahme der §§. 3 und 7, welche die von der Kommission beantragte Fassung erhielten. Den ausführlicheren Bericht werden wir nachtragen.

Karlsruhe, 10. März. Das heute erschienene Verordnungsblatt f. d. Ber. evangel.-protest. Kirche des Großherzogthums Baden enthält: 1) Verordnung des evangel. Oberkirchenraths, das Verfahren bei der Besetzung der Pfarreien und bei der Pfarrewahl betreffend. 2) Bekanntmachung, die Vertheilung der Oberländer Kirchen- und Pfarrhausbauliste betreffend. 3) Diensterledigungen: die evang. Pfarrei Grombach, Diözese Neustadt, mit einem zu 955 fl. berechneten Einkommen; die evang. Pfarrei Eschelbronn, Dekanat Sinsheim, mit der binierten Pfarrei, mit einem zu 1306 fl. berechneten Einkommen. 4) Todesfall. Gestorben ist am 4. d. M. der evangel. Pfarrer Frank zu Helmstadt.

* Wörzheim, 8. März. In der vorgestrigen Monatsversammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins machte der Vorsitzende Hr. Fr. Ehrismann die Anwesenden zunächst mit den Beschlüssen der jüngsten Karlsruher Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins bekannt und lud die Versammlung ein, denselben ihre nachträgliche Zustimmung zu geben, was dann auch geschah. Hierauf wurde eine Petition für die Gleichstellung der Juden vorgelesen und den Anwesenden mitgetheilt, daß solche zur Unterzeichnung ausliege. Es wurde dabei von dem Vorsitzenden hervorgehoben, daß dieselbe nicht gerade als von den Nationalvereinsmitgliedern ausgehend anzusehen sei, sondern daß die Unterschrift Jedermann freistehet. Alsdann sprach Hr. Berggrath Walcher von Karlsruhe über die Flotte, für die es einer besondern Staatssteuer bedürfe. Hr. M. Müller brachte dann die Bildung eines Vereins für Herausgabe von Flugchriften in Anregung, welcher den Zweck haben soll, gehaltene Vorträge und Aufsätze verschiedenen Inhalts unter das größere Publikum zu bringen. Der Gegenstand soll in einer der nächsten Sitzungen einer nähern Berathung unterzogen werden. Zuletzt stellte Hr. C. Dennig seinen schon wiederholt vorgebrachten Antrag, daß von Seite der Nationalvereinsmitglieder eine Petition an die Kammer befehrt der Abänderung der Vereins- und Pressegesetze eingereicht werde. Nach einigen Debatten wurde die Abfassung einer solchen Petition beschlossen. Einem weiteren Antrag des Hrn. C. Dennig bezüglich der Verwendung um Gewährung einer allgemeinen Amnestie wurde keine Folge gegeben.

Im Laufe dieser Woche war Hr. Oberkirchenraths-Assessor Doll hier und nahm eine außerordentliche Prüfung der hiesigen höhern Mädchenschule vor. Bei dessen Hiersein wurde die Stellung der betreffenden Anstalt, welche bisher den Charakter einer Gemeindegewalt hatte, in der Art festgelegt, daß die Schule in allen Beziehungen als eine öffentliche gelten soll und die Anstellung der Lehrer künftighin von Seite des Staats geschieht, wobei aber der Gemeinde das Wahlbeziehungsweise das Vorschlagsrecht zugestanden wurde.

Im gegenwärtigen Winter haben wir hier nun schon die dritte Schauspielergesellschaft. Nachdem Jak. Winter, der seit vielen Jahren die Winterlaison hier zubrachte und der jüngst in Heilbronn sein 60jähriges Schauspielersjubiläum feierte, dieses Mal frühzeitig dorthin abzog, gab Schauspieldirektor Lutz von Bruchsal mit seinen Leuten hier mehrere Vorstellungen. Seit einiger Zeit ist nun Hr. Aug. Faber, Direktor der bisher in Konstanz gewesenen Gesellschaft, mit letzterer hier.

† Mannheim, 9. März. Endlich ist die Bekätigung des neu ernannten Hoftheater-Komitee-Mitglieds Dr. Gentil eingetroffen. Derselbe wurde gestern in Gegenwart des Oberbürgermeisters verpflichtet und sofort die Wahl des Präsidenten durch das nun vollständige Komitee vorgenommen. Sie fiel auf den Musikalienhändler Hede d. d. Das Institut verliert wahrscheinlich in dem nach Rotterdam berufenen Musikdirektor Levy einen ausgezeichneten Klaviervirtuosen, Dirigenten und Lehrer.

Gestern Abend hielt bei noch andauernder Unpäßlichkeit des Hrn. Direktors Devrient Hr. Hofrath Kiliau, der wackere Veteran des hiesigen Lyceums, als Stellvertreter einen eben so sorgfältig abgefaßten, als vom Geiste der reinsten Humanität getragenen Vortrag über die Entdeckungsexpeditionen in Afrika, vorzüglich in Sudan, welches jetzt durch die Entdeckungsexpedition unter v. Heuglin doppelt interessant geworden ist. Nicht nur das Institut und dessen Hilfsverein, sondern der große Hörfreis fühlte sich dem wackern Gelehrten, der bei der Wärme seines Vortrags sich ungewohnten Anstrengungen unterzog, zu lebhaftem Dank verpflichtet.

In dieser Passzeit soll noch der Privatlehrer H. Goll in Worms, ein geborner Mannheimer, und ein Advokat aus Köln, Dr. Hartung, Vorlesungen halten, jener über ästhetische Gegenstände, dieser über Fragen des Handelsrechts.

Stuttgart, 7. März. (Fr. 3.) Der Landtag soll nun wirklich im Mai, doch nur auf kurze Zeit, berufen werden.

Frankfurt, 8. März. Die am vergangenen Donnerstag ausgefallene Bundestags-Sitzung wurde heute nachgeholt. Das Wichtigste aus derselben ist der von Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich eingebrachte Antrag, die Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen betreffend. Derselbe lautet:

Oesterreich und Preußen. Die kaiserl. österreichische und die k. preussische Regierung,

in der Erwägung: daß die hohe Bundesversammlung sich ihre schließliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat,

daß auf der Grundlage der Verfassungsurkunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständnis zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem Lande nicht hat erzielt werden können,

daß der Bundesbeschluß vom 27. März 1852, wenn gleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezweckt,

daß die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes im Kurfürstenthum ein dringendes Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt,

tragen darauf an, die hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern:

unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Ständeschaffrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahr 1832 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete.

Der Antrag wurde dem kurheffischen Ausschuss zugewiesen. — Die bekanteten Anträge des Militärausschusses wegen Niederlegung einer Kommission in Hamburg für Küstenchutz wurden zum Beschluß erhoben. — Oesterreich erstattete die Anzeige, daß es dem k. k. sächsischen Antrag auf Erlass eines Gesetzes gegen den Nachdruck zustimme und die Vorlage eines bezüglichen Entwurfs, entsprechend dem Leipziger, mache. — Von Seite Preußens wurde angezeigt, es sei geneigt, seinen Ständen ein Gesetz wegen Einführung der Zulage zur Wechselordnung vorzulegen, wenn die anderen Bundesstaaten das Gleiche thäten. Sonst Privatangelegenheiten, Einreichung von Ständelisten, Vorträge über Festungsangelegenheiten u. s. w. Schließlich wurde die Formirung des bernburgischen Kontingents in drei Kompagnien genehmigt. — Kurheffen vertrat heute abermals das Großherzogthum Hessen, Nassau, Mecklenburg.

Kassel, 7. März. Wie aus der Haltung des Organs der Verfassungspartei, der „Hess. Morgen-Ztg.“, zu ersehen, ist diese Partei keineswegs mit den österreichisch-preussischen Propositionen zufrieden. Sie verlangt ein für allemal das 1849er Verfassungsgesetz. Kammer, nach dem 1831er Wahlgesetz berufen, würden sich unter allen Umständen wiederum (zum vierten Mal) für inkompetent erklären.

Kassel, 8. März. Die „Kassel. Ztg.“ widerlegt heute ebenfalls die durch ein Telegramm verbreitete Nachricht, Hr. v. Göttdaus sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, und fügt dazu hinzu:

Den Erwägungen und Gerüchten gegenüber, durch welche sich die Besorgnis um das Wahlgesetz von 1849 ermittelte zu wollen scheint (denn, so unklar die Nachrichten über die preussisch-österreichische Einigung auch noch sind, das Wahlgesetz von 1849 und damit die verfassungstreue Partei selbst, ist daran gegeben), müssen wir überhaupt darauf aufmerksam machen, daß eine Einigung Preußens und Oesterreichs über einen am Bunde zu stellenden Antrag, welchen Inhalt derselbe auch sei, weder rechtlich noch thatsächlich irgend das Mindeste an der derzeitigen Sachlage ändert.

Koburg, 7. März. Der Kassabestand der Expedition der „Wochenchr. des Nationalvereins“ an Beiträgen für die deutsche Flotte betrug am 3. d. über 63,684 fl.

Gotha, 7. März. Der Herzog und die Herzogin sind den 6. d. in Alexandrien glücklich angekommen. Die Fahrt wurde bei fortwährend widrigem Wind zurückgelegt. Von Alexandrien werden sich die Herrschaften alsbald nach Cairo begeben.

Berlin, 8. März. Die Frankfurter „Zeit“ nennt den Anlaß zu der Ministerkrisis „eine prinzipiell ganz untergeordnete, eine simple finanzielle Verwaltungsfrage“, und gewiß sehen Viele die Sache ebenso an. In den maßgebenden Kreisen scheint man derselben jedoch schon von vorn herein eine sehr große Bedeutung beigelegt zu haben. Bereits in der Debatte bemerkte der Finanzminister v. Patow, es frage sich, ob nach Annahme der Hagen'schen Vorschläge es noch möglich ist, zu regieren und die Verantwortung für die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, ob darin nicht ein Eingriff in die Exekutive liegt. Hr. v. Patow hat diese, wie uns dünkt, einer Erläuterung sehr bedürftige Aeußerung nicht näher erläutert; wie man aber in gewissen Kreisen über diesen Fall denken mag, dafür glauben wir eine Bemerkung der Berliner „Kamm.-Korresp.“ zitieren zu sollen. „Der Be-

schluß ist deswegen von großer Wichtigkeit — sagt das lithographirte Blatt — weil er hauptsächlich auf den Militäretat zielt und mit seiner Ausführung fünfzig die ganze innere Organisation und Verwaltung der Armee unter die Kontrolle des Abgeordnetenhauses gestellt würde. Der Beschluß ist deshalb auch als Vorläufer der Verweigerung für die neue Militärorganisation anzusehen.“ Die „Kreuzzeitung“ unterläßt es natürlich nicht, in dieser Richtung hin weiter das Ihrige zu thun. Sie erklärt den Kammerbeschluß nicht bloß als einen Eingriff in die „Exekutive“, sondern in die Prärogative der „Krone“ — besonders des obersten Kriegsherrn, der „unnenbare Titel!“

Die „Berlin. Allg. Ztg.“ sagt in ihrem gestrigen Blatte über den Anlaß der Ministerkrisis u. A.:

Die Annahme des Hagen'schen Antrags stellt die Majorität des Hauses der Abgeordneten in einen entschiedenen Widerspruch gegen die Regierung. Es hat auf die schneidendste Weise, die man sich vorstellen kann, sein Mißtrauen gegen die Fähigkeit und Zuverlässigkeit gerade bezeugt. Im Herrenhaus findet das Ministerium keine Stütze; es hat sich jetzt herausgestellt, daß es auf Majorität im Hause der Abgeordneten eben so wenig rechnen kann. Aber auch für den Fall, daß die Regierung über den gegenwärtigen Punkt hinwegzugehen gedenkt, ist die Krisis doch nur vertagt. Die Landesvertreter, die Wähler, die Parteien werden sich auf alle Fälle auf diese Eventualität vorbereiten haben. Ob das Ministerium, sobald es den Augenblick gekommen glaubt, definitiv abtreten oder an das Land appelliren wird, darüber haben wir keine Ahnung; eben so wenig über Das, was kommen soll, wenn es sich zum Ersten entscheidet.

Ueber den äußern Verlauf der Krisis tragen wir noch Folgendes nach: Heute Mittag sollte eine Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden. Diese ist laut Dekret des Präsidenten Grabow aufgehoben und auf Dienstag den 11. verlegt worden auf Veranlassung des folgenden an ihn eingegangenen Schreibens des Staatsministers v. D. Heydt:

Das Staatsministerium ist mit wichtigen Verhandlungen, welche es den Mitgliedern desselben unmöglich machen, der auf morgen angelegten Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses beizuwohnen, beschäftigt. Ew. Hochwohlgebornen erlaube ich daher — im Namen des Staatsministeriums — ganz ergebenst, diese Sitzung gefälligst um einige Tage versetzen zu wollen. Berlin, 7. März 1862.

Nachdem gestern bereits eine Ministerkonferenz stattgefunden, wurde heute Mittag ein Ministerhath im königl. Palais gehalten. Der Gegenstand der Berathung war die Haltung und die Maßregeln der Regierung gegenüber der Niederlage des Ministeriums im Abgeordnetenhause bei der Debatte der Anträge auf Specialisirung der Etats.

Die „Kamm.-Korr.“ spricht wiederholt davon, daß der Herzog von Ujest zum Ministerpräsidenten ausersuchen sei. Heute fügt sie bei, daß die Nachricht sich bestätigt und daß ihm bereits gratulirt werde. — Die „Sternzeitung“ widerlegt das Zeitungsgerücht von einer Wendung in der auswärtigen Politik der preussischen Regierung, welche angeblich durch ein Schreiben des Kaisers von Oesterreich herbeigeführt worden sein soll. Beides sei unbegründet. — Der dem Abgeordnetenhause vorgelegte Entwurf eines neuen Passgesetzes hebt für alle preussische Staatsangehörigen bei Reisen im Inlande und nach dem Auslande den Passzwang auf. Auch von Ausländern soll weder beim Eintritt über die Grenze, noch bei Reisen im Inlande ein Pass gefordert werden. Dagegen werden auf Antrag Pässe oder sonstige polizeiliche Legitimationen ertheilt. Verpflchtung zur Wristung der Pässe findet nicht statt. Inländer wie Ausländer bleiben verpflichtet, sich auf amtliches Erfordern über ihre Person und ihre Erziehungsmittel genügend auszuweisen. Die Pässe kosten einschließlich der Stempel 1 Thlr. für das Ausland, 15 Sgr. für das Inland. In Zeiten gefahrdrohender Ereignisse kann die Passpflichtigkeit vorübergehend wieder eingeführt werden.

Berlin, 9. März. Die „Sternzeitung“ veröffentlicht heute folgenden Artikel:

Es liegt uns heute die erste Pflicht ob, unsern Lesern ein Ereigniß von tief greifender Bedeutung mitzutheilen. In Folge der Annahme des Hagen'schen Antrags in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. März hat das Staatsministerium gestern bei Sr. Maj. dem König keine Demission eingereicht.

Dieser Entschluß, so folgenschwer er ist, wird für Diejenigen nicht un erwartet kommen, welche der Situation ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, in die das Ministerium durch den Ausgang der Abstimmung in jener Sitzung verwickelt worden war. Die Majorität des Hauses hatte es vermög, das Entgegenkommen der Regierung mit entsprechender Zustimmung zu erwidern, mitßun war das Ministerium in die moralische Nothwendigkeit verlegt, die Konsequenzen zu ziehen, welche sich aus jener Thatsache für seine Stellung ergaben.

Der Verlauf der gewichtigen Frage, der den Konflikt zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause herbeigeführt hat, ist unsern Lesern bekannt. Nur an die Hauptmomente wollen wir in aller Kürze erinnern.

Die Differenz zwischen der Regierung und dem Hause ist nicht durch die Frage entstanden, ob unser Etat einer Verbesserung und systematischen Vervollständigung fähig sei. Die Regierung hatte diese Verbesserung als zulässig anerkannt, sie hatte sich bereit erklärt, dieselbe herbeizuführen; nach ihrem Wunsch sollte die gegenwärtige Session von der Landesvertretung dazu benutzt werden, angemessene Vorschläge zur Vervollständigung des Etats zu machen, und sie hatte die moralische Verpflichtung übernommen, für die Ausführung dieser Vorschläge im nächsten Jahre in jeder möglichen Weise Sorge zu tragen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit, die wir heute nicht wiederholen wollen, hatte sie lediglich die Bitte ausgesprochen, von der Umgestaltung des bereits vorgelegten Etats für das Jahr 1862 Abstand zu nehmen.

Es beschränkte sich der Streit auf den in jedem Falle nahen Zeitpunkt der Vervollständigung eines zusammenhängenden Prinzips. Es handelte sich, wie der Abg. Kühne es ausdrückt, lediglich darum, daß die Beschleunigung einer an sich zweckmäßigen Sache nicht auf Kosten der Ordnung und um den Preis der Verwirrung angestrebt werde. Der Rath dieses alibewährten Finanzmannes wurde von der Mehrheit des Hauses nicht beachtet; sein vermittelnder und von dem Hrn. v. Patow später acceptirter Antrag, der eine theilweise Specialisirung des Etats schon für das Jahr 1862 in Aussicht stellte, fand keinen Anklang. Die wiederholte Erklärung des Hrn. Finanzministers, daß die Staatsregierung über die

Tragweite des amebirten Hagen'schen Antrags in Berathung treten und sich über dieselbe vor dem Hause bestimmt erklären könne, wenn ihr nur Zeit zu dieser Berathung geblieben, wenn ihr nicht zugemuthet werde, heute schon einen Entschluß zu fassen, rief keinen Wunsch zur Vertagung einer so wichtigen Entscheidung hervor. Selbst in der obigen Begrenzung erschien der Streitpunkt der Mehrheit des Hauses wichtig genug, um das freundliche Entgegenkommen des Ministeriums mit der un freundlichsten Rücksichtslosigkeit zu erwidern.

War die Tragweite eines solchen Verfahrens den Freunden des Hagen'schen Antrags verborgen? Wer den Rednern der Majorität mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann über die Entscheidung dieser Frage im Allgemeinen nicht zweifeln sein. Man hob es mit scharfem Tadel hervor, daß frühere Landesvertretungen die an sie heranretenden Fragen, statt sie zu lösen, vertagt hätten. Man sah den Konflikt vor sich; aber man verurtheilte es als eine Schwäche, nach den Annäherungsverfähen der Regierung sich zu entsprechenden verbindlichen Schritten herbeizulassen.

Aus diesem Verfahren konnte das Ministerium für sich selbst nur den Schluß ziehen, den es gezogen hat. Es mußte sich gestehen, daß ihm bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Bedingungen des Vertrauens und der Bereitwilligkeit zur gegenseitigen Verständigung fehlten, ohne welche ein fruchtbares Zusammenwirken für die obersten Faktoren des Staatlebens unmöglich ist. Es konnte nach jener ersten Erfahrung sich die Thatsache nicht länger verhehlen, daß es seinerseits außer Stande sei, auf dem Wege der Verständigung mit der gegenwärtigen Landesvertretung die bedeutsamen und mannigfachen Aufgaben zu lösen, welche unserer Legislaturperiode vorbehalten sind. Der Einsicht in diese unabwiesliche Thatsache haben die Minister ihrer Pflicht gemäß in ihrer Gesammtheit Folge gegeben. Ihr Entlassungsgesuch liegt Sr. Majestät dem König vor.

Berlin, 9. März. Die Ministerkrisis ist nunmehr zum vollen Ausbruch gekommen. Sämmtliche Staatsminister haben gleich nach dem Kabinetsthat, zu dem sie gestern Mittag von Sr. Maj. dem König berufen worden waren, ihre Entlassungsgesuche eingereicht. Bis jetzt ist höchsten Orts noch keine Entscheidung erfolgt. Sonst wohlorientirte Personen wollen heute behaupten: es sei alle Aussicht vorhanden, daß die Minister auf ihren Posten verbleiben würden. Damit wäre denn die Frage wegen des Verhaltens der Regierung zum Abgeordnetenhause mehr in den Vordergrund gedrängt. Schon will man von eingänglichen Erörterungen über eine Auflösung oder eine Vertagung des Hauses sprechen. Welcher Beschluß in dieser Beziehung gefaßt werden dürfte, läßt sich noch nicht absehen. Von vielen Seiten sind Ausgleichsbemühungen im Gange. In manchen Kreisen hält man an der Meinung fest, die ganze jetzige Krisis werde ohne einen ernstlichen Bruch wieder beigelegt werden. Eine solche Beilegung wäre aber wohl nur eine bloße Vertagung der eigentlichen Entscheidungsfrage. — Bei dem feierlichen Leichenbegängniß Ihrer Königl. Hoheit der verewigten Frau Großherzogin in von Mecklenburg-Schwerein wird der König durch den Oberjägermeister Graf Eberhard zu Stollberg vertreten werden. Der Graf begibt sich heute nach Schwerin. Dorthin gehen zu der Trauerfeierlichkeit auch die hiesigen Vertreter fremder Regierungen, welche zugleich bei dem mecklenburgischen Hofe beglaubigt sind. — Zum ersten preussischen Kommissär für die Londoner Ausstellung ist der Geh. Rath Hoenen aus dem Handelsministerium ernannt worden. Derselbe reist am 18. d. M. nach London ab. Bereits zu Anfang der vergangenen Woche hat sich der zweite diesseitige Kommissär, Landbaumeister Altkott, nach England begeben.

Berlin, 9. März. Welchen Ausgang die Ministerkrisis nehmen wird, ist noch nicht zu sagen. Wie der „Köln. Ztg.“ und andern Blättern gemeldet wird, sieht man in Abgeordnetenkreisen die Auflösung des Hauses als ziemlich gewiß an. Mehrere Mitglieder sollen ihren Familien ihre Ankunft in der Heimath für die nächsten Tage als sehr wahrscheinlich angezeigt haben. Nach der „Korresp. Stern“ halten andere Abgeordnete eine vorläufige Vertagung, und zwar auf höchstens 4 Wochen, für wahrscheinlich. Das neue Ministerium werde unterdessen in Erwägung ziehen, ob und in wie weit eine Verständigung möglich sei und je nach Befinden eventuell das Abgeordnetenhause auflösen. In diesem Fall müßten nach Art. 51 der Verfassung innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen die Wähler, und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung die neuen Kammer verammelt werden. — Wird die Demission des Ministeriums angenommen — schreibt ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ —, so gilt die Ernennung des Grafen Bernstorff zum Gesandten in Paris für wahrscheinlich. Ein Ausgang, der einen Theil der Minister in ein neues Ministerium übergehen ließe, ist allerdings noch keineswegs ausgeschlossen.

Der Abgeordnete, Appellationsgerichtsrath Leue aus Köln ist dem Ausschuss des deutschen Nationalvereins als Mitglied beigetreten.

Breslau, 7. März. Die „Schles. Ztg.“ meldet, die in Glogau in Haft gehaltenen Leutnants Sobbe und Puskiseien von der Festung entflohen.

Wien, 8. März. Der Kaiser ist heute Morgen nach Venedig abgereist. Vorher hatte er noch den Feldmarschall Fürsten Windischgrätz und den General der Kavallerie Grafen Wallmoden, Beide schwer erkrankt, besucht.

Wien, 8. März. Wie man dem „Schw. Merl.“ schreibt, bereiten Oesterreich und Preußen einen Antrag beim Bunde vor, dahin gehend, daß die Bundesversammlung gegen die Verletzung vertragsmäßiger Rechte der Herzogthümer und speziell gegen die In Incorporation Schleswigs Verwahrung einlegt, nachdem Oesterreich und Preußen ihre darauf bezüglichen Proteste in Kopenhagen bereits übergeben haben. Die Verwahrung der Bundesversammlung wird dem dänischen Bevollmächtigten beim Bunde übermittlelt. — Im Finanz-ausschuss hat man bezüglich der italienischen Gesandtschaften mit Einverständnis der Regierung den Etat für jene Posten, die vor der Hand zu besetzen keine Aussicht vorhanden ist, fallen gelassen. Dabin gehören nicht bloß jene von Parma, Modena und Toskana, sondern auch jene von Turin.

Singegen hat man den Posten für Neapel behalten, da bis jetzt ein diplomatischer Agent bei der Person Franz II. in Rom attachirt ist, aber das Erforderniß auf ein Minimum reduziert. — Der österr. Gesandte am kurbessischen Hofe, Graf Karniki, soll einem Gerücht zufolge einen andern Posten erhalten. Der Nachfolger desselben ist noch nicht bekannt.

Italien.

Turin, 7. März. An die Stelle Cordova's, welcher seine Demission eingereicht hat, ist der Senator Poggi zum Minister der Justiz ernannt worden. Man glaubt, Natazzi würde das Ministerium des Aeußern Herrn Durando anbieten. Scialoja bleibt Generalsekretär. Mehrere Deputirte der Majorität hatten heute Morgen eine vorbereitende Versammlung, um sich zu verständigen.

* **Turin, 8. März.** Es heißt, Marquis v. Villamaina werde das Portefeuille des Aeußern übernehmen. Die Majorität wird sich heute Abend versammeln, um über das Benehmen, welches dem neuen Kabinete gegenüber beobachtet werden soll, zu berathen. — Die „Italie“ versichert, daß die Konferenz Garibaldi's mit Natazzi sehr wichtige Resultate gehabt habe, die der Art seien, einen großen Einfluß auf die Schicksale des Landes auszuüben.

Turin, 8. März. Der „Movimento“ dementirt die neuen Gerüchte über eine Auerhebung im Namen Garibaldi's. Der General empfiehlt einzig und allein die Ausbreitung der nationalen Schützenvereine (extension du tir national).

Turin, 8. März. Cordova, welcher nach der „Opinione“ seine Entlassung eingereicht haben sollte, hatte in der heutigen Sitzung des Parlaments seinen Sitz auf der Ministerbank eingenommen. Natazzi hielt folgende Ansprache an das Parlament: „Unsere vergangene Politik bürgt für die zukünftige Führung der Angelegenheiten dieses Landes. Ich will indes weder die Schwierigkeiten, noch die Verantwortlichkeit der Lage verbergen. Unsere Aufgabe ist, die Provinzen zu organisiren und zu vereinigen, welche bis jetzt getheilt waren, und diejenigen italienischen Provinzen zu befreien, welche noch nicht einen integrirenden Theil des Königreichs bilden. Zu den auswärtigen Beziehungen werden wir mit den andern Nationen in freundlicher Beziehung zu bleiben suchen. Eine isolirte Politik ist unmöglich; wir werden daher alle Kräfte aufbieten und uns an allen Ereignissen betheiligen, welche einen Einfluß auf die Geschichte Italiens ausüben können. In Bezug auf Frankreich werden wir nie vergessen, daß wir ihm zum großen Theil unsere Wiederaufstehung verdanken. Wir werden auch nicht vergessen, daß England stets unsere Freundin war. In unseren Beziehungen mit den übrigen Mächten werden wir stets unsere Würde und Unabhängigkeit zu wahren suchen. Wollen wir die Freundschaft der andern Nationen, so müssen wir sie durch die Weisheit unseres Verhaltens erwerben. Wir werden ihnen zeigen, daß wir nicht gewillt sind, den Frieden der Welt wegen der römischen Frage zu kompromittiren. Wir werden nur moralische und diplomatische Mittel zur Lösung dieser Frage anwenden, welche seit zwei Jahren so bedeutende Fortschritte, besonders in Frankreich, gemacht hat. In Bezug auf die inneren Angelegenheiten bittet der Minister um den aufrichtigen Beistand aller Kapazitäten des Landes. Er verspricht dann die Ausführung des Gesetzes über die Nationalbewaffnung, verbunden mit der größten Defonomie in allen Zweigen der Verwaltung, ausgenommen die Rüstungen. Natazzi endigt seine Rede, indem er zur Versöhnung der Parteien auffordert. Panza ergreift darauf das Wort und verlangt Aufklärung über die ministerielle Krise, welche außerhalb der Einwirkung des Parlaments stattgefunden habe. Ricasoli antwortete: Trotz der geführten Abstimungen in der Kammer existiren gewisse Spaltungen. Das Ministerium habe sich nicht sicher gefühlt, das Vertrauen der Kammer und die auf dieses Vertrauen beruhende Autorität zu besitzen. Um daher eine equivoque Situation zu vermeiden, habe das Ministerium seine Entlassung gegeben, und trotz des Wunsches des Königs, ein Votum des Parlaments abzuwarten, auf der Entlassung bestanden. Natazzi spricht dann mit großer Anerkennung über die Aufrichtigkeit der von Ricasoli gegebenen Erklärungen.

Turin, 9. März. Garibaldi präsidierte einer Generalversammlung der Vorkriegsvereine in Genua. Er sagte dabei: Er schäme sich nicht, der Versammlung der Repräsentanten Italiens zu präsidiren. Er bedauert die Abwesenheit der noch in Sklaverei befindlichen Provinzen, schwört, dieselben zu befreien, und ermahnt zur Eintracht und Einigkeit; dann werde man jede Tyrannie besiegen und die Befreiung auf jedes unterdrückte Volk außerhalb der Halbinsel ausdehnen.

Frankreich.

Paris, 8. März. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers erhob sich Marquis de Pierre gegen den Mißbrauch, für Alles den Kaiser verantwortlich zu machen, was die Befehle des Ministers des Innern und der von ihm abhängigen Beamten verschulden. Es gibt einen Minister — sagt er u. A. — welcher über die ungeheure Gewalt verfügt, ganz Frankreich im Allgemeinen und Jedem insbesondere Stillschweigen aufzuerlegen; Dank diesem Rechte empfängt er natürlich jeden Morgen ein schmeichelhaftes Zeichen der unabhängigen Dankbarkeit. (Man lacht.) Auch über die auswärtige Politik der Regierung und deren Manie, sich überall zum Protektor aufzuwerfen, macht der Redner sich lustig. „In Italien haben wir eine Schwester, die uns viele Sorgen bereitet, und doch werden wir einen andern kleinen Bruder in Mexiko haben, der zu befreien und zu beschützen ist (Heiterkeit), und China und Syrien? Wie weit wird unsere Familie gehen? (Allgemeines Gelächter) während wir in Afrika so viel zu thun hätten.“ — Nach dem Schluß der allgemeinen Abrediskussion hob der Präsident die Sitzung nicht — wie erwartet worden war. — auf, sondern eröffnete die Spezialdebatten über §. 1 der Adresse und gab Herrn Picard das Wort. Dagegen nicht vorbereitet, tummelte er tüchtig sein bekanntes oratorisches Roß auf dem Felde der

Presse und der Finanzverwaltung. Was letztere betrifft, so nennt Hr. Picard die vorgenommene Konversion der Rente im Hinblick auf gewisse zu Hilfe gerufene Maßregeln „ein pekuniäres 1793“. In seiner Schilderung über die Preßzustände machte namentlich die Aeußerung Aufsehen: „Der Eigentümer einer Zeitung ist unbekannt und einer der hier anwesenden Minister (Billault) wurde einige Zeit für einen der Inhaber eines der verbreitetsten Oppositionsblätter (Siecle) gehalten. Er ist es ohne Zweifel nicht, aber ich würde ihn auffordern, zu beweisen, daß er es nicht ist.“ Am Schluß der Sitzung erhob sich Hr. Billault mit dem Bemerkten, daß drei Minister gegenwärtig seien und alle drei die von Hr. Picard vorgebrachte Behauptung in Abrede stellen. — In der heutigen Sitzung sprach Hr. Picard weiter. — In einer Mittheilung des „Montreurs“ aus Vera-Cruz wird dem General Prim eine ungebührliche Langsamkeit vorgeworfen, da er, anstatt laut mit dem Feinde zu sprechen, parlamentarisch und unterhandelt, daß die spanische Armee selbst unzufrieden sei u. s. w. Von England ist im Berichte des offiziellen Blattes fast gar nicht die Rede. — Der „Cour. du Dimanche“ zeigt an der Spitze seiner heutigen Nummer die im Redaktionsbureau Montag stattgehabte Verhaftung des Hrn. Ganesco mit dem Bemerkten an, daß der Grund dieser Verhaftung bis heute unbekannt sei. — Der Kaiser, nur von einem Adjutanten begleitet, ging vorgestern durch einige Straßen des Faubourg St. Antoine. — An der heutigen Börse stieg die Rente auf 70.25, Mobilier auf 772.50, Südbahn auf 765, und Orleans auf 1390. Möglich trat eine Reaction ein, wozu die Baiffe der Orleans auf 1360 den Anstoß gab. Man sagt: Der Staatsrath habe die Emission von neuen Aktien dieser Gesellschaft, welche Hr. Fould angefragt hatte, verweigert. Rente wurde auf 69.90, Mob. auf 760, Südbahn auf 753 mit hinabgezogen.

* **Paris, 8. März.** Die Abgg. Pouyer-Quertier, Jules Braun, v. Wendel, Randoing, Duesné, Le Clerc d'Osmanville, Kolb-Bernard und Marquis v. Blossville haben zu §. 11 des Adressentwurfs folgendes Amendement eingebracht:

„Gew. Majestät kennt die großen Leiden, welche unsere hauptsächlichsten Fabrikstädte so schwer heimsuchen. Sie sucht durch die hochherzigsten Gaben sie zu lindern. Aber ernste Geister schreiben diese bedauerliche Lage zum größten Theil der Anwendung der englisch-französischen und französisch-belgischen Handelsverträge zu, und die Kammer lenkt deshalb respektvoll die Aufmerksamkeit und die Sorge des Kaisers auf diese ernste Frage. Sie bittet Gew. Majestät, eine Untersuchung über die wirklichen Resultate dieser Verträge anzuordnen, damit die Ungelegenheit und die Besorgnisse unserer arbeitenden Bevölkerung, wenn sie nicht begründet sind, aufgehoben.“

Wie aus Lyon gemeldet wird, ist Dumollard heute Morgen 8 Uhr in Montluel, im Beisein einer ungeheuren Menschenmenge, hingerichtet worden. Er blieb bis an sein Ende gleichgültig und hat keine Geständnisse gemacht. — In Marseille sind der General Fanti, Hr. Nanfredo und der Gesandtschaftssekretär Marquis v. Pienco, aus Italien kommend, eingetroffen.

* **Paris, 9. März.** Die gestrige Sitzung des Gesetzgeb. Körpers war im höchsten Grad erregt. Picard fuhr in seiner am Tage vorher unterbrochenen Rede fort und unterwarf das jetzige Regiment mit seiner administrativen Allgewalt dem energischsten Tadel. Wieder war es die Presse, an der er den absoluten Mangel aller Freiheit nachzuweisen suchte, ferner die Wahlen, die Gemeindeordnung u. s. w. Auch die Sicherheitsgesetze ließ Redner nicht unberührt. Gegen den Schluß seiner Rede geräth Picard noch in eine lebhafteste Diskussion mit dem Präsidenten Moray über die Schwierigkeit, auf die man bei der Beurtheilung gewisser Regierungsakte des Kaisers stoßen würde, so verantwortlich und folglich so „disfunktabel“ er auch gemäß der Verfassung sein möge. Der Präsident entgegnete, daß es allerdings gewisse Schranken gebe. Picard: Ich weiß wohl, daß es gewisse Schranken gibt, und deshalb fange ich lieber nicht an. (Gelächter und Lärm.) Präsident: Warum, Hr. Picard, behaupten Sie und Ihre Partei? Picard: Es gibt hier keine Parteien, sondern nur Meinungen. Präsident: Warum beanspruchen Sie, die öffentliche Meinung zu vertreten? Picard: Jeder, Hr. Präsident, beansprucht sie von seinem Standpunkt aus zu vertreten. Sie selber, im Augenblick beanspruchen es. Von allen Seiten: Und zwar mit Recht! Wir sind die Majorität. Präsident (auf die Kammer hinweisend): Da ist sie, die öffentliche Meinung! Emil Dllivier: Ja wohl, wenn Sie die Wahlen frei geben! Picard: Das ist es ja, was wir behaupten. (Unterbrechung verschiedener Art.) Präsi.: Die Diskussion ist unmöglich! Picard: Sie haben Recht! Präsi.: Die Theorien, die man über die öffentliche Meinung vorbringt, nehmen kein Ende... Picard: Ganz richtig! Präsi.: Das Einzige, was ich sagen kann, ist, daß, als Sie über die ganze Freiheit des Landes disponirten... Picard: Ich stand nie an der Spitze der Regierung! Eine Stimme: Und das ist ein Glück! Präsi.: ... Damals erhob sich die bestigste Reaktion gegen Sie und Sie mußten die Macht niederlegen; wohlverstanden, ich sage nicht Sie persönlich, sondern Ihr Prinzip, Ihre Partei... Dllivier: ... und die Ihre auch, Hr. Präsident, und das erste Kaiserreich auch! Der Präsident schließt diesen Wortwechsel endlich mit dem Vorwurf ab, daß man die Regierung, je mehr sie entwaffnet, um so heftiger angreife, anstatt mit Mäßigung die dem Lande bewilligten Freiheiten zu genießen. Man könnte wirklich alle Lust verlieren, deren noch mehr zu geben. (Ja wohl, ja wohl!)

Picard schließt endlich, nachdem er nochmals kurz die verschiedenen Bedenkenpunkte berührt, mit der Hinweisung auf denselben Fehler, durch welche die früheren Regierungen gefallen seien. Wollte man eine freie Nation sein, oder eine Nation, deren Presse, wie Hr. v. Bourqueney gesagt, nicht so frei, als die Oesterreichs sei? Eben so sei es mit der Diskussionsfreiheit. Schließlich warnt der Redner die Regierung, ihre Politik neige sich dem Systeme der Trennung, der Auf-

reizung, der Denunziation der einzelnen Klassen unter einander, und nicht dem der Freiheit zu, welche für sie selber und das Land das Heil sei.

Minister Baroche sucht die Angriffe des Redners dadurch zu entkräften, daß er ihm die geringe Stärke seiner Partei statistisch nachweist, und verschiedenen Anschuldigungen, z. B. in Betreff der Unterdrückung der Wahlfreiheit, entschiedenen Widerspruch entgegensetzt. Auch die Preßfreiheit findet Redner in hohem Grade vorhanden. Uebrigens müsse man die Gesetze über die öffentliche Sicherheit, Presse u. s. w. als Gesetze anerkennen und über alle Frage und Diskussion stellen.

Das nämliche Thema und zwar in dem nämlichen Sinn wie Picard besprach dann Jules Favre. Auch zwischen ihm und dem Präsidenten kam es zu einer lebhaften Zwischenrede. Er schließt mit den Worten: „Wenn die Regierung widersteht (gegen die Zurückkehr zur Geseßlichkeit), so soll sie den Muth für ihr System besitzen; sie soll dann sagen, daß sie die Prinzipien von 89 in eine Gegend verwiesen hat, wo sie mit der Handhabung der menschlichen Dinge nichts mehr gemein haben. Die H. Minister sollen dann anerkennen, daß sie nicht aus der glorieichen Zeit der Emanzipation des Menschengesistes herkommen, sondern daß sie die großen Erscheinungen der erloschenen Monarchien wieder in's Dasein rufen. Seid immerhin, rufe ich ihnen schließlich zu, Richelieus und Colberts, aber verzichtet auf die Ehre, ein freies Volk zu regieren!“ (Geräuschvolle und lange Aufregung.)

Nach einer kurzen Entgegnung des Hrn. Baroche, die jedoch kein prinzipielles Interesse bot, wird die Sitzung geschlossen.

Spanien.

* **Cadix, 7. März.** Miramon ist so eben gelandet und nach Madrid weitergereist.

Großbritannien.

London, 8. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses widersprach der Marquis von Normanby den neuerlichen Versicherungen Earl Russell's, daß in Sardinien Preßfreiheit herrsche; er erzählt ferner, unter Verufung auf die legitimistische „Union“, daß im Neapolitanischen vier Frauen erschossen worden seien, weil man bei ihnen Borräthe von Brod gefunden habe, und zeigt an, daß er in der nächsten Woche die Vorlegung von Papieren, die sich auf die italienischen Angelegenheiten beziehen, beantragen werde.

Im Unterhause beantragte Gregory die Vorlegung der in Betreff der Blokade gewechselten Korrespondenz und sprach gegen die Anerkennung der Blokade. Mehrere Redner ergriffen für und gegen seine Auffassung das Wort. Der Solicitor General suchte den Beweis zu führen, daß England das Völkerrecht streng beobachte. Der Antrag ward schließlich abgelehnt.

Griechenland.

Athen, 22. Febr. (Südd. Ztg.) Ueber die Tendenz der Aufständischen kann kaum ein Zweifel obwalten: sie ist, was man in Griechenland „die große Idee“ nennt, und die der König nicht zu der seinigen machen will. „Diesenigen — heißt es in dem Privatbriefe eines Griechen — sind von einem großmächtigen Irrthum besungen, die, durch das Jahr 1854 getäuscht, sich der Hoffnung hingeben, daß König Otto's Geist sie die große Idee habe fassen gelernt oder habe fassen können. Der Zweck, den König Otto Anno 54 und vielleicht noch heute verfolgte, war wohl Erweiterung seiner Grenzen, aber niemals hat er an ein großes byzantinisches Reich mit der Hauptstadt Konstantinopel gedacht, und nur darunter versteht man die große Idee.“

Amerika.

* **Neu-York, 21. Febr.** Die vielfachen und zum Theil sehr bedeutenden Waffenerfolge, welche die Bundesarmee errungen, haben die Stimmung im Norden sehr gehoben. Die Zuversicht geht bei Vielen so weit, daß sie meinen, die Hauptsache sei bereits geschehen und die baldige Wiederherstellung der Union so gut wie ausgemacht. Auch auf den Geldmarkt übt diese Stimmung einen günstigen Einfluß. — General Halleck sagt in seinem Tagesbefehle, der den Truppen seinen Dank für die am Cumberland- und Tennesseeerflüsse erfochtenen Siege ausdrückt: „Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Bereitet Euch auf neue Kämpfe und Siege vor. Von allen Richtungen werden Truppen zusammengedogen. Bald werden wir eine unwiderstehliche Armee beisammen haben. Die Unionsflagge muß allerorten wieder entfaltet und die unterdrückte Unionspartei im Süden erlöst werden. Die Soldaten und Matrosen des großen Westens sind zur Lösung dieser Aufgabe bereit. Zeit und Ort sind festbestimmt. Den Tapfern erwarten Sieg und Ruhm!“ — Hr. Wilson wird im Kongreß den Antrag stellen, allen Freiwilligen, die sich während des Krieges auszeichneten, im Namen des Kongresses eine silberne Medaille zu votiren. — Am 22. wird Washington beleuchtet sein. — Der südstaatliche General Buellner, der im Fort Donelson gefangen wurde, ist als Hochverräter in Gewahrsam genommen worden. Die Südstaatlichen haben Clarksville geräumt und konzentriren sich, wie verlautet, bei Nashville, um dort einen abermaligen Widerstand zu versuchen. Auch Columbus soll von ihnen aufgegeben sein. — Ein Sohn des Präsidenten Lincoln ist gestorben. In Folge dieses Trauerfalles vertagten sich beide Kongreßhäuser nach sehr kurzer Sitzung. Das Begräbniß sollte am Montag den 24. Febr. stattfinden. In Clarksville haben die Nordstaatlichen Borräthe für die ganze Armee auf 20 Tage gefunden. Nach südstaatlichen Blättern herrscht in Savannah und Charleston lebhafteste Angst vor dem Anmarsch der Unionsstruppen. — Laut Bericht, des Generals Halleck aus St. Louis, 20. Febr., wurde General Price bei Sugar Creek nach kurzem Gefecht geschlagen. Eine Menge Waffen, die seine Soldaten im Fliehen wegwarfen, und viele Gefangene sind den Unionsstruppen in die Hände gefallen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Rothenstein.

3.70. Altbreisach. Tiefbetrübt theilen wir auswärtigen Verwandten und Freunden die schmerzliche Nachricht, daß unser innigst geliebter Gatte, Vater und Schwiegervater, der großh. Hauptamtverwalter

Johann Jakob Sexauer dahier gestern Abend 10 Uhr in Folge eines Schlaganfalls schnell und unerwartet im Alter von 59 Jahren in das bessere Jenseits abgerufen worden ist, und bitten um stille Theilnahme.

Altbreisach und Rehl, den 8. März 1862.
Im Namen der Hinterbliebenen.
Die Wittwe:
Barbara Sexauer, geb. Mayer.

3.74. Herbolzheim. Wir erfüllen hiemit eine heilige Pflicht, indem wir unsern ernternten Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mittheilen, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern Vater, Hauptlehrer **Bernhard Mayer von Herbolzheim**, nach längerem Leiden von dieser Welt abzurufen. Wir bitten um stille Theilnahme.

Herbolzheim, den 9. März 1862.
Die Hinterbliebenen.
3.78. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Den direkten Güterverkehr im Rheinischen Eisenbahnverband betr.
Vom 1. März d. J. ab werden die Eisenbahnen, welche auf Seite 24 und 25 des Tarifs für den direkten Güterverkehr im Rheinischen Eisenbahnverband vom 10. Oktober 1860 veröffentlicht sind, für den Verkehr zwischen den diesseitigen Stationen und jenen der Rheinischen Eisenbahn um je 2 Tage, d. h. um den Betrag der bisher gültigen Respekttage, verlängert; was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 8. März 1862.
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
S. S. d. D.
Eberlin. Salzmann.

Bekanntmachung.
Die Einführung eines neuen Vereins-Güterverkehrs auf den Bahnen des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen (Verkehr von Bahn zu Bahn) an Stelle des seit 1. Dezember 1856 eingeführten bisherigen Reglements ein neues **Transport-Reglement** in Wirksamkeit getreten, dessen Bestimmungen jedoch vorerst auf den diesseitigen inneren Güterverkehr, sowie auf den **sämmtlichen** direkten Verkehr der großh. Staats-Eisenbahn mit andern Bahnen keine Anwendung finden.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem Anfügen, daß von dem gleichzeitig eingeführten neuen **Vereins-Frachtbrief-Formularen** bei den großh. Güterexpeditionen vorrätig sind und daß bei eben denselben von dem neuen Vereins-Reglement selbst in kürzester Zeit einzelne Exemplare gegen Erlass der Anschaffungskosten werden abgegeben werden. Da endlich in Folge des neuen Handelsgesetzes in dem neuen Vereins-Reglement die Aufnahme von Respekttagen nicht zulässig war, so werden für den **Vereinsverkehr** sämmtliche Eisenbahnen des diesseitigen inneren Verkehrs um 2 Tage erhöht.

Karlsruhe, den 8. März 1862.
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
S. S. d. D.
Eberlin. Salzmann.

3.79. Karlsruhe.
4 1/2% Anlehen der Stadt Genf.

Die Unterzeichneten nehmen Subskriptionen auf dieses Anlehen entgegen zum Cours von 98,00, inclusive der Zinsen vom 31. Dezember 1861.
Prospecte sind auf deren Bureau zu haben.
Karlsruhe, den 4. März 1862.

G. Müller & Conf.
Circus Suhr & Hüttemann
auf dem Schloßplatz in Karlsruhe.

Heute **Dienstag** den 11. März: Große außerordentliche Vorstellung in der höchsten Reitskunst, noch nie gesehener Gymnastik und besonderer Bedenksur.
Auf vielseitiges Verlangen wiederholt: **Eine Nacht in Veking**, oder hier, dort, oben, unten, links, rechts, in der Mitte, in der Luft und überall auf einmal in mehr als 400 verschiedenen Arten ausgeführt von 40 Personen der Gesellschaft. Da am Sonntag noch bereits die Hälfte der Loose unvertheilt blieben und die Ziehung wie bestimmt war stattgefunden, sich aber Niemand zu dem Gewinn meldete, so wird heute, Dienstag, die Verlosung fortgesetzt, und zwar auf folgende Weise: Jeder Besucher des Circus erhält wie zuvor für einen Sogenen 5 Nr. gratis, für einen Parquetplatz 4 Nr. gratis, für einen ersten Platz 3 Nr. gratis, für einen zweiten Platz 2 Nr. gratis, für einen dritten Platz 1 Nr. gratis, und haben die bis jetzt unterm Publikum vertheilten Loose zu dieser Ziehung ihre volle Gültigkeit; im Fall die Loose zu dieser Vorstellung nicht alle ausgegeben sind, so wird der noch übrige Theil im Circus an das anwesende Publikum vertheilt, und wird so lange gezogen, bis das Pferd gewonnen ist.
Morgen **Mittwoch** zum ersten Male: **Der Berggeist oder Clorildens Raub**, schottische Sage, große Spektakel-Antonime mit brillantem Waffentanz, Evolutionen, Geleht und Tableau, angeführt von 120 Personen und sämmtlichen Pferden mit ganz neuer Garderobe und Decoration, endet mit einem brillanten Feuerwerk.

Commisstelle-Gesuch.
3.81. Ein junger Mann, der seine dreijährige Lehre in einem Kolonialwaaren- und Delikatessen-Geschäft in Ulm erlangt, sucht unter verschiedenen Ansprüchen eine Stelle als Commis. Gefällige Anträge befordert unter Chiffre L. K. die Expedition dieses Blattes.

Neuester Roman von J. W. Hackländer!
3.648. Im Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgart ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Der Wechsel des Lebens.
Von
J. W. Hackländer.

3 Bde. 8. eleg. broch. Preis: 5 fl. 15 fr.
Der berühmte Verfasser entwickelt in diesem seinem ersten biographischen Romane aufs Neue jenes außerordentliche Talent, wegen dessen er von der gesammten deutschen Leserschaft als einer ihrer gefeiertsten Lieblinge verehrt wird. Wir unterlassen es, dem Werke hier weitere Worte der Empfehlung beizufügen, da der Name Hackländer sie am vollständigsten bietet.
Früher erschien in gleichem Verlage:

J. W. Hackländer, Tag und Nacht. Eine Geschichte in vierundzwanzig Stunden. Mit Illustrationen von Prof. Schreuer. Zweite Auflage. 2 Bde. 8. eleg. broch. Preis: 5 fl. 15 fr.
Otto Müller, Roderich. Eine Hof- und Räuber-Geschichte. Zweite Auflage. 2 Bde. 8. eleg. broch. Preis: 5 fl. 15 fr.
in Karlsruhe durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung, A. Viefel's Hofbuchhandlung, W. Kreuzbauer, Geßner'sche Buchhandlung, Th. Ulrici.**

Bad Gleisweiler.
Eisenbahn- und Telegraphenstation Landau in der Rheinpfalz.
Kaltwasserkur, Dampf- und Electrogalvanismus, Gymnastik. Klimatische Vorzüge (gesüßte, milde und trockne, anerkannt gesunde Lage) und zweckmäßige innere Einrichtungen erhalten Bad Gleisweiler auch während der Wintermonate stets besucht. Die reduzirten Kurpreise gelten vom November bis Ende Mai.

Näheres durch den im Kurhause wohnenden Arzt
Dr. L. Schneider.

3.490. Frankfurt a. M.
Freiburger Fl. 7 Anlehenloose.

Gewinne: Fr. 60,000, 50,000, 40,000, 30,000 etc.

Ziehung am 15. Juni.
Königl. Schwedische 10 Thlr. Loose.

Gewinne: Thlr. 25,000, 20,000, 18,000 etc. etc.
Ziehung am 1. Mai.

Für sichere und vortheilhafte Anlagen kleiner Kapitalien und Ersparnisse empfehlen wir diese Staats-Anlehenloose zum Tagescours und ertheilen jede zu wünschende Auskunft, sowie Verlosungspläne gratis.

Bas & Herz, Bank- und Wechselgeschäft
in Frankfurt a. M., Paradeplatz Nr. 2.

Heiraths-Antrag.
3.62. Ein hübscher junger Mann von 25 Jahren, wissenschaftlich gebildet und streng religiös, Eigenthümer eines sehr schönen Anwesens, in herrlicher Gegend Badens, sucht wegen mangelnder Bekanntschaft mit dem weiblichen Geschlechte auf diesem Wege eine Lebensgefährtin. Seine äußeren und inneren Vorzüge stellen seiner künftigen Frau das schönste Loos in Aussicht. Bei einem Vermögen von ca. 24,000 fl. wünscht er von derselben ein Weibchen von mitsprechender Gestalt. Eine junge Wittwe ist nicht ausgeschlossen. Frankfurter Anträge, mit 3.62. bezeichnet, befördert die Expedition dieses Blattes.

Arbeiter-Gesuch.
In einer größeren Fabrik Süddeutschlands werden einige tüchtige, mit guten Zeugnissen versehene Poteriarbeiter angenommen und können Lusttragende sich unter andauernder Beschäftigung sehr guten Lohn verschaffen. Anträge, unter Beilegung der Zeugnisse, nimmt entgegen
3.63. Die Expedition dieses Blattes.

3.749. Guggenau, Murgthal.
Gasthausverpachtung.
Das zur Glasfabrik gehörige Gasthaus „zur Glashütte“ dahier mit hübschen Gastzimmern, Delonitzgebäuden, Küchengarten und freundlich gelegenen Sommerwirthsgarten kann sogleich in Pacht gegeben werden. Die günstige Lage dieses Etablissements, im reizendsten Theile des Murgthals, nur einige Minuten vom Badorte Rothenfels entfernt, bietet einem tüchtigen Wirthe ganz ungewöhnliche Erwerbsoffenenheit dar, sowohl durch die Frequenz der umliegenden großen Drtschaften, als durch den bedeutenden Fremdenverkehr, insbesondere vom nahe gelegenen Baden und Rastatt.

Guggenau, Murgthal.
G. Ader & Cie.

3.975. Mannheim.
Bu verkaufen.
Wegen vorgerücktem Alter und fortdauernder Kränklichkeit beabsichtige ich meine, während 33 Jahren mit gutem Erfolg betriebene Restauration
zum Rosenstock mit Gastwirthschaftsberechtigtheit, nebst dazu gehörigen Wirthschaftseinrichtungen unter günstigen Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.
Kaufwillhaber beliehen sich an mich oder den Geschäftsgenossen Herrn J. Weglar zu wenden.
Mannheim, im März 1862.

Stephan Coblis.
Bu verkaufen.
3.820. Im köstlichen Oberlande ist ein geschlossenes, mit einer Mauer umgebenes Landgut billig zu verkaufen.
Das Gut grenzt an einen Bach, liegt nur etwa 20 Minuten von einer Eisenbahnstation und enthält:
1) Ein feineres Wohnhaus mit 12 Zimmern, Küche, Keller und geräumigen Speichern;
2) verschiedene Delonitzgebäude, als: Stallung, Scheuer und Remise;

3) einen großen terrassenförmig angelegten Lustgarten mit Heidegängen;
4) einen besondern Gemüsegarten mit vorzüglichen Obstbäumen;
5) eine Wiesenanlage mit Obstbäumen;
6) eine Anlage von vorzüglichen Rebsorten;
7) einen Pumpbrunnen mit sehr gutem Trinkwasser.
Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen die Expedition dieses Blattes.

3.81. J. J. Schäfer
in Heidelberg bei Bruchsal
empfiehlt sein Lager von
landwirthschaftlichen Sämereien,
unter Garantie der Keimkraft, zu gefälliger Abnahme, als:
Holl. Wiesenfl.- und Bastardfl.-samen, Infarnat- und Hopfenfl.-, gebrochene Schottenfl.-samen, dreiblättrigen und Luzerner Klee-samen.

Zuttergräfer aller Art,
gemischte Gräfer zur Anlage von Wiesen, seine Grasarten zur Anlage von Gartenrosen, ächt engl. Raygrass etc.
Zudermoorhirse, Sorgo, Samen, Hanfsamen, Sparsette, Ackerpergel, Sommerroggen, Gerste, Sommerweizen, Weizen und Hafer u. s. w. zu den billigsten Preisen.
Preis-Verzeichnisse werden auf Verlangen unentgeltlich und franco eingekendet.

3.823. Offenburg.
Weinversteigerung.
Dienstag den 18. d. Mts.,
Bormittags 10 Uhr, werden im St.-Andreas-Hospitalgebäude dahier nachstehende selbstgelegene Weine einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, als:
198 Dm 1860er weißer Bergwein,
34 „ „ Weißherbst,
30 „ „ Kleener,
58 „ 1859er weißer Bergwein,
15 „ „ Kleener,
7 „ „ Zeller Rothe,
8 „ 1857er Kleener;
wogegen wir einladen.
Offenburg, den 2. März 1862.
St.-Andreas-Hospitalverwaltung.
König.

3.867. Nr. 561. Hüfingen.
Gebäudeverkauf.
Samstag den 22. d. Mts.,
Nachmittags 2 Uhr, werden wir im Gasthause zum Ochsen in Hüfingen, vorbehaltlich höherer Genehmigung, das herrschaftliche Gefangenschaftsgebäude alda öffentlich versteigern. Dieses Gebäude liegt in der sog. Seimbölgasse, hat einen Hausfuß von 30 Ruthen, einen Hofraum von 17 Ruthen, worin sich das besonders lebende Kellerhaus mit gewölbtem Keller befindet, ist zweistöckig, massiv von Stein gebaut, enthält 2 beheizbare Zimmer und mehrere Kammern, 7 Gefangenschaftszellen, eine Koch- und eine Waschküche, Stallung und große Räumlichkeiten zu gewerblichen

3.87. Nr. 561. Hüfingen.
Gebäudeverkauf.
Samstag den 22. d. Mts.,
Nachmittags 2 Uhr, werden wir im Gasthause zum Ochsen in Hüfingen, vorbehaltlich höherer Genehmigung, das herrschaftliche Gefangenschaftsgebäude alda öffentlich versteigern. Dieses Gebäude liegt in der sog. Seimbölgasse, hat einen Hausfuß von 30 Ruthen, einen Hofraum von 17 Ruthen, worin sich das besonders lebende Kellerhaus mit gewölbtem Keller befindet, ist zweistöckig, massiv von Stein gebaut, enthält 2 beheizbare Zimmer und mehrere Kammern, 7 Gefangenschaftszellen, eine Koch- und eine Waschküche, Stallung und große Räumlichkeiten zu gewerblichen

3.895. Nr. 804. Einheim.
Pferde-Versteigerung.
In Folge Verfügung großh. Kriegsmünsteriums werden
Donnerstag den 13. März l. J.,
Bormittags 10 Uhr,
auf dem Platze vor dem Obergerichtsbauwerk dahier 15 bisher vertheilt gewesene Militärpferde — 8 Wallachen und 7 Stuten — gegen baare Bezahlung einer Versteigerung ausgesetzt; wozu Kaufwillhaber eingeladen werden.
Einheim, den 5. März 1862.
Großh. Obergerichtsbauwerk.
C. A. R. D. t.

3.835. Nr. 455. Stodach.
Pferdeversteigerung.
Dienstag den 18. d. Mts.,
Nachmittags 2 Uhr, werden vor dem Domänenverwaltungsgebäude dahier 12 vertheilt gewesene Militärpferde gegen Baarzahlung versteigert.
Stodach, den 6. März 1862.
Großh. Domänenverwaltung.
Welle.

3.858. Freiburg.
Holzversteigerung.
Aus dem Adelshaus Forst bei Haslach, an der Döfner Straße, werden im Erlöse Nr. 21
Montag den 17. d. Mts.,
Bormittags 9 Uhr,
35 Eichenstämme (Holländer- und Ruppelholz), öffentlich versteigert.
Freiburg, den 8. März 1862.
Verwaltung des Lehrinstituts Adelshausen.
Wingler.

3.88. Wiefenbach (Holzversteigerung.)
Aus dem Domänenwaldungen des Forstbezirks Wiefenbach werden versteigert,
Samstag den 15. d. Mts.,
aus dem Distrikt Heidenwald II. 7 nächst Langenschell: 8 1/2 Kaster alpenes Scheitelholz, 1 Kaster gemischtes Prügelscholz und 14,600 Stück gemischte Durchforstungswellen;
Montag den 17. d. Mts.,
aus dem Distrikt Heidenwald II. 7 nächst Langenschell: 8 1/2 Kaster alpenes Scheitelholz, 1 Kaster gemischtes Prügelscholz und 14,600 Stück gemischte Durchforstungswellen;
aus dem Distrikt Hollmuth nächst Wiefenbach: 215 eichene Bau- und Ruppelholze; 23 1/2 Kaster Buchens, 16 1/2 Kaster eichenes, 5 1/2 Kaster birnenes Scheitelholz; 61 1/2 Kaster gemischtes Prügelscholz; 6 1/2 Kaster dudenens und 8 1/2 Kaster eichenes Kiecholz; 13,500 Stück gemischte Wellen und 1 Loos Schlagabbaum.
Man versammelt sich am 15. Bormittags halb 11 Uhr in Langenschell, am 17. Bormittags 9 Uhr im Gasthaus zum Badischen Hof (Post) hier. Am dem letztern Tage beginnt die Versteigerung mit dem Brennholz, worauf Mittags 12 Uhr das Bau- und Ruppelholz folgt.
Wiefenbach, den 6. März 1862.
Großh. bad. Bezirksforstlei.
Krutina.

3.864. Karlsruhe (Holzversteigerung.)
In großh. Forstwald werden aus mehreren Abtheilungen am 13. d. Mts. versteigert:
15 taunene Bauholzfämme, 24 Traubentischchen, 42 Alazien-Ruppelholzfämme; 43 taunene Sprich- und Gerüstlängen, 90 taunene Leiter-, Hopfen- und Reihlängen; 33 Kstr. eichenes, 21 Kstr. fortenes und gemischtes Prügelscholz; 6000 eichene, forlene und gemischte Wellen. Zusammenkunft früh 9 Uhr auf dem Hagsfelder Eggensteiner Weg an der Stutenfer Allee.
Karlsruhe, den 7. März 1862.
Großh. bad. Bezirksforstlei.
Eggenstein.
v. Kleiser.

3.876. N.C. Nr. 1336. Rastatt (Aufforderung und Forderung.)
Der eines zum Nachtheil des Georg Birkl verübten Diebstahls verdächtige und gefandene Soldat Georg Wolfhart von Hiltshausen, dessen Signalament unten beiliegend, sollte noch wegen eines weitern, zur Anzeige gekommenen Diebstahls auf diesseitige Requisition durch großh. Amtsgenossen Landvertheilung einvernommen werden. Da dessen Aufenthalt jedoch zur Zeit unbekannt ist, wird derselbe gemäß §. 128 des Civil-Gesetzes aufgefördert, binnen 3 Wochen zu seiner Einvernahme bei seinem vorgelegten Kommando sich zu stellen, indem sonst, abgesehen von der alsdann notwendigen fallenden Einleitung des Abwesenheitsverfahrens, nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.
Zugleich werden die Behörden ersucht, auf den Angeschuldigten zu fahnden und denselben im Vertheilungsfall mit Laufpaß anher zu weisen.
Signalement: Alter, 26 Jahre; Größe, 5' 4" 3/4; Körperbau, unterseht; Gesichtsfarbe, gesund; Augen, braun; Haare, hellbraun; Nase, gewöhnlich; Hautart, den 9. März 1862.
Das Kommando des großh. 3. Infanterieregiments.
v. Billig, Oberstlieut.

3.818. Nr. 2075. Bahl. (Verichtigung.)
In dem diesseitigen Ausschreiben vom 28. Januar d. J., Nr. 1072, ist der Druckfehler eingeschrieben, daß das dort bezeichnete Grundstück als in der Christenbühne gelegen bezeichnet wird, während es in dem Gewann Heidenbühne liegt. Hiernach wird jenes Ausschreiben berichtigt. Bahl, den 1. März 1862.
Großh. bad. Amtsgericht. Fischer.

3.999. Nr. 1874. Schwellingen. (Erledigte Aktuarsstelle.)
Bei diesseitigem Gerichte ist eine Aktuarsstelle mit einem Einkommen von 400 fl. sogleich zu belegen.
Schwellingen, den 7. März 1862.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kieck.

(Mit eine Beilage.)